



## Stadt – Land – Frauenhaus

### Gefährdete Frauen brauchen endlich mehr Schutz vor Gewalt

Dortmund, 23. November 2022. Nach wie vor sind Frauen nur unzureichend vor Gewalt geschützt. Die polizeiliche Kriminalstatistik belegt, dass Frauen in hohem Maße Opfer von geschlechtsspezifischen Gewaltdelikten werden. Dies gilt vor allem für Frauen, die durch den (Ex-)Partner gefährdet sind. Hier ist es dringend erforderlich, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Behörden und mit der Hilfestruktur verbessert.

So betont der GREVIO-Bericht des Europarates für Deutschland die Notwendigkeit, eine systematische Risikoabschätzung und ein Sicherheitsmanagement als Standardverfahren aller beteiligten Stellen für den Umgang mit gewaltbetroffenen Frauen einzuführen. Die Erfahrungen der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen zeigen, dass Fallkonferenzen des gesamten Hilfesystems den Schutz besonders gefährdeter Frauen erhöhen.

Der Bericht greift die Kritik der Frauenhäuser und Interventions- und Beratungsstellen auf, dass in vielen Regionen Frauenhäuser fehlen und es teilweise große Hürden für die Aufnahme von Frauen und Kindern gibt. Dabei dürfe es nicht vom Wohnort oder der persönlichen Situation der Betroffenen abhängen, ob Frauen einen Platz im Frauenhaus oder eine Beratungsstelle finden.

„Viele Frauen haben aktuell kaum eine Chance, sich vor häuslicher Gewalt zu schützen. Wir brauchen dringend mehr politisches Engagement, um bestehende Hilfeangebote zu sichern und mehr Frauenhausplätze und Beratungskapazität zu schaffen“, fordert Renate Jachmann-Willmer, SkF Bundesvorstand. „Wir schätzen die bestehenden Initiativen in den Kommunen und Ländern, doch notwendig ist eine langfristige Strategie und Koordinierung auf Bundesebene. Nur mit einer bundesgesetzlichen Grundlage kann es gelingen, gleichwertige Schutzverhältnisse in Deutschland zu schaffen.“

Vom Runden Tisch von Bund, Ländern und Kommunen erwartet der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) konkrete Ergebnisse, um eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen voranzubringen.